

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Inge Höger-Neuling, Klaus Ernst, Dr. Ilja Seifert, Monika Knoche, Frank Spieth und der Fraktion DIE LINKE.

Gesundheit von Altenpflegerinnen und Altenpflegern

Die wettbewerbsorientierte Organisation der Pflegeversicherung und der privat finanzierten Pflegeleistungen bewirkt unter anderem, dass Pflegekräfte vergleichsweise gering entlohnt werden und die Personalschlüssel häufig am unteren Ende des Notwendigen liegen. Der Arbeitsdruck ist durchweg hoch, die Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme sind gering. Weitere belastende Faktoren sind die oft unzureichende Ausbildung, Fortbildung und Supervision. Dies betrifft auch häusliche Pflegekräfte.

Der „DAK-Gesundheitsreport 2006“ weist für 2004 als Berufsgruppe mit dem höchsten Krankenstand die „übrigen Gesundheitsberufe“ aus. Hier findet sich eine besonders hohe Erkrankungsdauer. Der Report benennt Arbeitsplatzfaktoren als Krankheitsursachen: „... Ob diese Belastungen im Laufe der Zeit zu gesundheitlichen Beschwerden und schließlich zu Erkrankungen führen, hängt wesentlich auch davon ab, inwieweit dem Beschäftigten Möglichkeiten zur Bewältigung von Arbeitsanforderungen und zum Ausgleich von belastenden Situationen zur Verfügung stehen. Eine hohe Arbeitszufriedenheit durch die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Organisation und die Inhalte der Arbeit, ein gutes Betriebsklima sowie die flexible Arbeitszeitgestaltung können den Umgang mit belastenden Arbeitssituationen und die Entwicklung von Bewältigungsstrategien positiv beeinflussen.“

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege startete im Februar 2006 eine Kampagne mit dem Titel „Aufbruch Pflege“, um die Prävention in den Pflegeberufen zu verbessern. In den zugehörigen Materialien heißt es: „Steigende berufliche Anforderungen und Arbeitsverdichtung gefährden jedoch die Gesundheit der Pflegekräfte. Alarmierende Symptome sind hohe Fehlzeiten, Berufsausstiege und Qualitätseinbußen bei der Pflege alter Menschen.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche Tätigkeiten, Berufe und Funktionen werden in der Kategorie „Übrige Gesundheitsberufe“ der Bundesagentur für Arbeit erfasst?
2. Zu welchem Prozentsatz üben Frauen diese Tätigkeiten, Berufe und Funktionen aus?

3. Wie viele Menschen sind in Deutschland in der Alten- und Behindertenpflege tätig?
Wie viele Pflegebedürftige und wie viele Überachtzigjährige kommen auf eine Beschäftigte bzw. einen Beschäftigten?
4. Wie stellt sich dieses Verhältnis in den anderen europäischen Ländern dar?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Krankenstände und Krankheitsursachen sowie die Berufsausstiege von Altenpflegerinnen und Altenpflegern sowie Hilfskräften in der Alten- und Behindertenpflege?
6. Wie lauten die entsprechenden Angaben zu den Fragen 1 bis 5 in Bezug auf „sozialpflegerische Berufe“, die ebenfalls einen hohen Krankenstand aufweisen?
7. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Krankenstände und Berufsausstiege bei Altenpflegepersonal in anderen europäischen Ländern vor, und wie erklärt sie die Unterschiede?
8. Zu welchem Prozentsatz sind ausgebildete Altenpflegerinnen und Altenpfleger in der Alten- und Behindertenpflege tätig, zu welchem Prozentsatz arbeiten hier Kräfte mit einer abgeschlossenen Ausbildung in angrenzenden Berufsfeldern (z. B. Krankenpflege) und zu welchem Prozentsatz un- oder angelernte (Hilfs-)Kräfte?
9. Welche Korrelationen zwischen Krankenstand, Berufsausstieg und Ausbildungsstand von Pflegekräften in der Alten- und Behindertenpflege gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung?
10. Wie entwickelt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausbildung in der Alten- und Behindertenpflege aktuell (bitte ausführlich die vorhandenen Daten und Problembereiche referieren)?
11. Wie viele Pflegekräfte in Altenheimen und Heimen für Menschen mit Behinderungen, in ambulanter Alten- und Behindertenpflege sowie in der häuslichen Pflege können sich nach Kenntnis der Bundesregierung mindestens halbjährlich einen Tag lang fortbilden?
Wie viele erhalten mindestens einmal monatlich ein Angebot der Supervision?
12. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Arbeitszufriedenheit von Pflegekräften in der Alten- und Behindertenpflege?
13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Arbeitsbelastung, Ausbildung und Arbeitsgestaltung sowie das Alter von häuslich Pflegenden?
14. Wie will die Bundesregierung die Pflegeversicherung umgestalten, so dass das Qualifikationsniveau in der Altenpflege angehoben werden kann, evtl. auf das Niveau der anderen europäischen Länder?
15. Welche Veränderungen der Rahmenbedingungen hält die Bundesregierung für erforderlich, dass Pflegekräfte seltener erkranken?
16. Wie wird sich die Arbeitssituation von Pflegekräften verändern, wenn die europäische Dienstleistungsrichtlinie in Kraft tritt?
17. Welche Überlegungen und Aktivitäten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in den Länderparlamenten und Landesregierungen, die sich auf Aus- und Fortbildung, Entlohnung und Arbeitsbelastung von Arbeitskräften in der Alten- und Behindertenpflege auswirken können?

18. Wie bewertet die Bundesregierung diese Überlegungen und Aktivitäten, auch vor dem Hintergrund der Föderalismusreform?
19. Wie viele Zivildienstleistende sind in der Alten- und Behindertenpflege eingesetzt (bitte getrennt nach Bundesländern sowie ambulant und stationär)?
20. Wie viele „Ein-Euro-Jobber“ sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Einrichtungen der Alten- und Behindertenpflege eingesetzt?

Berlin, den 19. Mai 2006

Inge Höger-Neuling

Klaus Ernst

Dr. Ilja Seifert

Monika Knoche

Frank Spieth

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

